

Angst vor dem Volk

Von Hubert Mooser — Der Bundesrat will kein Referendum über den Uno-Migrationspakt. Ob das Abkommen im Parlament versenkt wird, hängt von der FDP ab.

Es war ein typischer Nichtentscheid des Bundesrates. Die Landesregierung einigte sich am Freitag letzter Woche, dem Parlament bis Ende 2019 einen einfachen Bundesbeschluss zu unterbreiten, damit National- und Ständerat über die Unterzeichnung des Uno-Migrationspaktes durch die Schweiz beraten können. Gleichzeitig machte die Regierung in ihrer Pressemitteilung noch einmal deutlich, dass sie den Migrationspakt unterstütze.

Ein einfacher Bundesbeschluss? Das bedeutet, dass das Volk nicht über den Migrationspakt abstimmen darf. Der Antrag dazu kam von Aussenminister Ignazio Cassis (FDP). Er stützte sich dabei auf Motionen von National- und Ständerat. Sie hatten den Bundesrat aufgefordert, seine Zustimmung zum Migrationspakt in Form eines Bundesbeschlusses vorzulegen.

Das Geschäft war im Bundesrat unbestritten. Sogar Ueli Maurer und Guy Parmelin (SVP), die den Pakt ablehnen, hätten keine Mitberichte zugunsten eines referendumsfähigen Beschlusses verfasst, sagen informierte Kreise. Maurer habe jedoch mündlich darauf hingewiesen, dass das Parlament einen referendumsfähigen Vorschlag erwarte.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Der Uno-Migrationspakt ist nicht ganz so harmlos, wie dies die Mehrheit des Bundesrates seit Wochen glauben machen will. Der Pakt sei von nationalem Interesse, sagte Cassis im Parlament, denn in der Zielsetzung entspreche der Pakt der Migrationspolitik der Schweiz: «Souveräne Steuerung der Migration, sichere Grenze, mehr Hilfe vor Ort, Rückkehr und Reintegration sowie Integration.»

Für SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi will der Pakt aber vor allem Migranten aus aller Welt den Zugang zum Wunschland erleichtern und dafür legale Migrationsrouten schaffen. Es sei bloss eine Frage der Zeit, bis dieses Dokument Völkerrecht sei und danach der Bundesverfassung vorgehe, befürchtet er. Aeschi findet deshalb, dass der Bundesrat einen Beschluss hätte fassen müssen, gegen den man das Referendum ergreifen kann. Und er ist nicht allein mit dieser Meinung, auch ausserhalb der SVP.

«Ich bin aufgrund vieler Zuschriften aus der Bevölkerung zur Überzeugung gelangt, dass sich die Stimmbürger zu diesem Migrationspakt gerne äussern würden», sagt FDP-Nationalrat Walter Müller. Und CVP-Präsident Gerhard Pfister erklärt: «Eine Volksab-



Zugang zum Wunschland: Bundesrat Cassis (l.), FDP-Nationalrat Portmann.



SVP-Fraktionschef Aeschi.



CVP-Präsident Pfister.



FDP-Nationalrat Fluri.

stimmung wäre gerade im Hinblick auf die Argumentation gegen die Selbstbestimmungsinitiative ein gutes Signal gewesen.»

Er habe den Eindruck bekommen, so Aeschi, dass die FDP nicht genau wisse, was sie wolle.

Tatsächlich sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) am 25. September anlässlich einer Pressekonferenz zur Selbstbestimmungsinitiative, die Schweiz entscheide heute selber, welche Verträge sie abschliesse und welche nicht – und die Stimmbewölkerung habe dabei weitgehende Mitsprache-

rechte. Das soll nun beim Migrationspakt nicht gelten. Warum nur?

Tricks des Bundesrats

Es handle sich eben nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag, heisst es im Umfeld des Bundesrats. Für solche internationalen Absichtserklärungen wie den Migrationspakt sehe die Verfassung kein fakultatives Referendum vor. Dieses sei nur bei Gesetzesänderungen oder Staatsverträgen vorgesehen.

Allerdings zeigte sich der Bundesrat in der Vergangenheit sehr erfindungs- und trickreich, wenn es darum ging, referendumsfähige Vorlagen zu kreieren – zum Beispiel beim Kauf der Gripen-Kampfflugzeuge. Das Volk

konnte damals über die Finanzierung dieser Jets abstimmen, weil der Bundesrat ein Fonds-Gesetz erfunden hatte, das gemäss Verfassung dem fakultativen Referendum unterstellt werden musste. Das Volk lehnte den Kauf der Jets schliesslich ab.

Beim Migrationspakt pocht die Regierung dagegen auf die strikte Einhaltung der Verfassung. «Der Bundesrat sitzt hier am längeren Hebel», sagt FDP-Nationalrat und Aussenpolitiker Hans-Peter Portmann, ein Pakt-Gegner. Das passe ihm nicht, aber das sei nun einmal so. Allenfalls hätte der Bundesrat einen Planungsbeschluss zimmern können, der eine gesetzgeberische Verpflichtung darstellt. Das wäre jedoch schwer vermittelbar gewesen: «Einerseits sagt man, dass der Pakt rechtlich nicht bindend sei, andererseits leitet man dann aber daraus eine gesetzgeberische Verpflichtung ab», so Portmann.

Womöglich spielen all diese Überlegungen letztlich gar keine Rolle. «Die Frage wird sich erübrigen, da das Parlament den Pakt ziemlich sicher ohnehin ablehnen wird», sagt jedenfalls der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni (FDP). «Abgesehen davon ist ja ein einfacher Beschluss an sich schon ungewöhnlich angesichts einer blossen *soft law*-Vereinbarung.»

Abweichler in der FDP

Ob der Pakt im Parlament tatsächlich versenkt wird, hängt vor allem von der FDP ab. SVP-Präsident Albert Rösti macht klar: «Wir brauchen alle FDP-Stimmen, wenn die Unterzeichnung dieses Paktes verhindert werden soll.» Fraktionschef-Aeschi zeigt sich in dieser Hinsicht etwas misstrauisch. Er habe den Eindruck bekommen, so Aeschi, dass die FDP nicht genau wisse, was sie wolle.

Bleibt die FDP auf Kurs? In der Wintersession stimmte eine Handvoll FDP-Nationalräte gegen Aeschis Motion, die verlangt hatte, dass die Schweiz auf die Unterzeichnung des Migrationspaktes verzichte. Es waren dies Christa Markwalder, Benoît Genecand, Giovanni Merlini, Laurent Wehrli sowie Kurt Fluri.

Vor allem bei Fluri bleibt unklar, wo er genau steht. Er lehnte zwar Aeschis Vorstoss ab, erklärt aber gegenüber der *Weltwoche*: «Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir diesen Pakt nicht unterzeichnen dürfen. Vorbehalten bleiben überzeugende Argumente des Bundesrates in seinem erwarteten Bundesbeschluss.» Und er warnt sogar: Es sei durchaus möglich, dass die Schweiz durch diesen Migrationspakt international in Zugzwang kommen könnte.

Was dann passiere, glaubt Walter Müller genau zu wissen: «Unsere Verwaltung würde dieses Dokument Punkt für Punkt muster-gültig umsetzen.» Deshalb sei dieser Pakt abzulehnen.

Europa

Unseren Lohnschutz rührt keiner an!

Wir Gewerkschafter wollen einen Rahmenvertrag. Wir wollen die Personenfreizügigkeit. Wir akzeptieren ein Schiedsgericht. Aber über unsere Löhne entscheiden wir allein. *Von Corrado Pardini*

Die Schweiz liegt mitten in Europa – und in der EU. Klar, brauchen wir darum exzellente Beziehungen zur EU. Und eine starke Europapolitik. Dazu gehört: Personen sollen sich frei bewegen können. Das ist eine grosse Errungenschaft für die Menschen und für die Schweiz. Ohne Personenfreizügigkeit, das müssen die Briten gerade lernen, ist auch alles andere nicht zu haben, auf dem unser Wohlstand baut.

Nur gibt es ein Problem: Schweizer Löhne sind die höchsten in Europa. Das ist gut für uns. Darum haben wir die Flankierenden Massnahmen (FlaM) erkämpft. Sie verhindern, dass profitgierige Unternehmer ausländische Kolleginnen und Kollegen in der Schweiz zu Dumpinglöhnen arbeiten lassen. Dass sie uns also gegeneinander ausspielen. Wir kontrollieren das. In jeder fünften Kontrolle stossen wir auf Missbräuche und greifen ein. Darum sind die FlaM ein Erfolgsmodell. Lohndumping wird meist verhindert. Und dank der FlaM gibt es bessere Gesamtarbeitsverträge, mehr Normalarbeitsverträge und Mindestlöhne.

Das genau aber stört einige Konzerne, neoliberale Ideologen von SVP, FDP, GLP, die Banken und ihre verblendeten Markt-anbeter-Freunde in Brüssel. Sie möchten unseren Lohnschutz und die Kontrollen schon lange kippen. Wir haben das verhindert. Doch nun glauben die Lohnschutzfeinde, einen Trick gefunden zu haben. Sie wollen den Lohnschutz auf dem Umweg über den Rahmenvertrag mit der EU aushebeln.

Ein Rahmenvertrag ist nützlich, weil wir dann unsere Beziehungen leichter den Entwicklungen anpassen können. Manche Dinge aber gehören nicht in den Rahmenvertrag, weil sie allein uns in der Schweiz etwas angehen. Zum Beispiel die FlaM. Das hat nichts mit gewerkschaftlicher Sturheit oder mit Privilegien zu tun. Es ist ganz einfach: Wir haben nicht nur die höchsten Löhne, sondern auch die höchsten Preise, Mieten und Krankenkassenprämien. Fällt der Lohnschutz, entsteht ein riesiger Druck auf die Löhne. Wer bezahlt dann die Mieten? Den Arzt? Ohne Lohnschutz gibt es keinen Wohlstand und keinen sozialen Frieden. Das ist elementare Innenpolitik.

Also hatte der Bundesrat eine rote Linie gezogen: Über die FlaM diskutieren wir

nicht. Weil er weiss, dass der Rahmenvertrag sonst vor dem Volk durchfällt. Das wäre wirklich schlimm für unsere Beziehungen. Warum sollten wir dieses Risiko eingehen?

Doch dann signalisierte FDP-Aussenminister Cassis der EU, die FlaM stünden doch zur Disposition. Zweimal liess sich die EU nicht bitten. Jetzt sollen wir einen Vertrag akzeptieren, der verlangt, dass wir uns an die EU-Entsenderichtlinien anpassen. Dabei geht es keineswegs nur um «Details» (etwa die 8-Tage-Regel), wie *Economiesuisse* und ihr Sprachrohr Operation Libero uns einreden wollen. Würden wir zustimmen, hätte künftig der Europäische Gerichtshof das letzte Wort, wenn es Streit um Lohn- oder Sozialdumping in der Schweiz gibt. *No deal*. Unser Modell geht anders: Bei uns werden die Löhne und Arbeitsbedingungen sozialpartnerschaftlich ausgehandelt.

Wer diesen schlechten Rahmenvertrag durchstiert, macht das Volk zu Feinden guter Beziehungen mit der EU. Der Bundesrat hat nicht unterschrieben. Vernünftig. Jetzt braucht es einen kühlen Kopf und tragfähige Mehrheiten für gute Lösungen. Jetzt braucht es verstärkte FlaM, zum Beispiel ein Verbot von Subunternehmerketten, wie es unsere Initiative im Kanton Bern vorsieht.

Wir wollen einen Rahmenvertrag. Wir wollen die Personenfreizügigkeit. Wir akzeptieren ein Schiedsgericht. Aber über unsere Löhne entscheiden wir allein. Früher oder später wird die EU das verstehen. Auch in der EU wogt der Streit zwischen neoliberalen Interessenvertretern und Vernünftigen. Wir sind für ein Europa, das die Menschen und nicht nur den Profit in den Mittelpunkt stellt. Wir kämpfen gemeinsam mit unseren europäischen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen für ein soziales Europa! Die FlaM, das sagen unsere europäischen Freunde, könnten sogar ein Modell für Europa sein.



Corrado Pardini ist SP-Nationalrat und Gewerkschafter.